Morgen- № 359. Ausgabe.

Berlin, Sonntag, den 3. August 1913.

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich
für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Botenlohn, für ganz Deutschland 9 Mk. Oesterreich 13 K. 82 Hell., Rußland 4 Rub. 55 Kop., Holland 7 Fl. 50 Cts., Schweiz 12 Frs. 40 Cts., Dänemark, Schweden u. Norwegen 9 Kr.

Für Frankreich, Belgien, England, Amerika usw. Kreuzband-Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen: Für England in London bei Siegle & Co. Ltd. 129 Leadenhall Street E.C. und Cowie & Co. 19 Gresham Street E.C.

Berliner Börsen-Zeitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:
Ergänzungen zum Kurszettel.
Kupon-Kalender.
Vollständige Ziehungslisten der Preuß.-Südd. Klassenlotterie.
Allgemeine Verlosungstabellen mit Restanten-Listen
und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr:
Die viergespaltene Zeile 60 Pf.
Reklameteil 1.20 Mk.

Telegramm-Adresse: Börsenkrone.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8, Kronenstraße Nr. 37.
Annahme der Inserate: In der Expedition.

Fernsprecher: Zentrum, Nr. 243.

Vom Tage.

In Bukarest fand gestern eine vertrauliche Besprechung der rumänischen und der bulgarischen militärischen Sachverständigen über die Grenzlinie statt. Die Besprechung blieb ergebnislos.

Königin Wilhelmina beauftragte den Staatsrat Cort van der Linden mit der Bildung eines außerparlamentarischen Kabinetts. Cort van der Linden erbat sich eine Bedenkzeit.

Egypten hat den griechisch-egyptischen Handelsvertrag gekündigt, der im Juli 1914 abläuft.

Bei einer Explosion auf einer Kohlengrube in Pottsville (Pennsylvania) wurden 50 Personen getötet.

Der Verwaltungsrat der Skodawerke beschloß eine Kapitalserhöhung von 35 auf 40 Millionen Kronen durch Ausgabe von 25 000 Aktien zu nom. 200 K.

Die Union und Mexiko.

Der Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko, der schon immer bestanden hat, aber so lange Porfirio Diaz noch mit kräftiger Hand die Geschicke Mexikos leitete, niemals zum offenen Ausdruck gekommen war, da man in Washington vor einem Konflikt mit dem militärisch widerstandsfähigen Nachbarlande zurückscheute, hat in der letzten Zeit Formen angenommen, die früher oder später einen Zusammenstoß wahrscheinlich erscheinen lassen.

In den letzten drei Jahren hat sich die amerikanische Politik, natürlich weniger die offizielle als die unverantwortliche private, die ja in dem Lande der „unbegrenzten Möglichkeiten" eine hervorragende Rolle spielt, recht lebhaft mit dem Reiche der Azteken beschäftigt. Der Bürgerkrieg, der 1911 den altgewordenen mexikanischen Diktator zwang, sein Amt niederzulegen, hätte nie die Dimensionen annehmen können, er wäre, wie alle anderen vorher, ergebnislos verlaufen, wenn er nicht von der Union aus sehr werktätig unterstützt worden wäre. Auf dem Boden der Ver. Staaten hatten die revolutionären Banden Maderos ihr Hauptquartier, von dort aus drangen sie in mexikanisches Gebiet ein und dorthin retteten sie sich nach jedem Fehlschlag. Als dann Madero an Stelle des zurücktretenden P. Diaz trat, sah man sich in Washington enttäuscht. Der neue Herr konnte und wollte wohl auch nicht die amerikanische Bevormundung anerkennen, wenigstens zeigte er sich außerstande, den an ihn gestellten Forderungen in vollem Umfange gerecht zu werden. In der Union hatte man infolge dessen kein Interesse mehr, ihn zu unterstützen. Neue Aufstände machten seiner Herrschaft ein Ende. Er wurde am 18. Februar d. J. von den Aufständischen gefangen genommen und am 23. Februar gelegentlich eines Fluchtversuches erschossen. Ein übrigens nicht bloß in Mexiko angewandter Trick, um einen unbequemen Gegner endgültig los zu werden; aber in diesem Falle gab man damit den findigen Politikern in Washington eine willkommene Handhabe, um von neuem ihren Einfluß geltend zu machen. Huerta, der die Zügel der Regierung ergriff, ist von den Ver. Staaten bis jetzt nicht anerkannt worden, weil man ihn moralisch für den „Mord" an seinem Vorgänger verantwortlich machte, er wird sich nicht halten können, weil er ohne die Unterstützung Nordamerikas der finanziellen Schwierigkeiten nicht Herr werden kann. Man spricht heute davon, daß sein politischer Freund, der Neffe des früheren Präsidenten, Diaz ihn ersetzen wird. Das wird an der Lage wenig ändern. Auch er wird den Intriguen, die gegen ihn angezettelt werden, unterliegen, und wenn Mexiko durch seine inneren Kämpfe hinlänglich erschöpft und machtlos geworden ist, wird der liebe Nachbar „gezwungen" sein, zu intervenieren, um endlich die Ordnung wiederherzustellen.

Der Gedankengang, von dem man sich in Washington leiten läßt, ist ziemlich durchsichtig; man braucht dabei gar nicht bis auf die, vorläufig wenigstens noch nicht realisierbare panamerikanische Idee, die nach Auffassung der Yankee-Politiker weiter nichts als einen amerikanischen Staatenbund unter dem Protektorat der Union ins Auge faßt, zurückzugehen.

Zurzeit richtet man in Washington hauptsächlich auf Zentralamerika seine volle Aufmerksamkeit, und zwar aus der naheliegenden Erwägung, daß der Panamakanal, von dem man sich ja eine Umwälzung der Weltpolitik, vor allem in wirtschaftlicher Beziehung, verspricht, unter allen Umständen den Einwirkungen politischer Konstellationen entzogen werden muß. Da Mexiko der einzige Staat in Mittelamerika ist, dessen Gewicht in die Wagschale fallen könnte, ist er zuerst lahmzulegen, und das kann nicht besser geschehen, als ihn durch Unterstützung der nie ermüdenden Parteibewegungen nicht zur Ruhe und zur inneren Erstarkung kommen zu lassen. Daneben mag auch noch die Besorgnis mitsprechen, daß die Annäherungsversuche Japans schließlich doch noch in Mexiko Erfolg haben könnten. Wenn das geschähe, und zwar noch bevor der Panama-Kanal in Betrieb gesetzt werden könnte, würden die amerikanischen Interessen allerdings einer schweren Bedrohung ausgesetzt sein; doch ist augenblicklich daran nicht zu denken. Die japanfreundlichen Kundgebungen in der Hauptstadt Mexiko sind nur als Demonstrationen gegen die Union aufzufassen und liefern nur den Beweis, daß man der Gefahr sich bewußt wird, die von Washington droht; aber mit derartigen Kundgebungen kann man nichts erreichen, so lange nicht dahinter Taten stehen, und die halten wir für ausgeschlossen. Nordamerika wird seine Pläne durchführen und an die Namen der Maderos, Huertas und wie die politischen Streber heißen, wird sich nur die Erinnerung knüpfen, daß sie alles getan haben, um die Selbständigkeit des einst blühenden mexikanischen Staates gründlich zu untergraben.

—r.

Vom Balkan.

Der Berliner Korrespondent der „Köln. Ztg." bezeichnet die Bukarester Meldung, wonach alle Mächte der Bukarester Friedenskonferenz nahegelegt hätten, daß Kawalla unter allen Umständen bulgarisch bleiben solle, als unwahrscheinlich. Die Großmächte dürften es vielmehr zunächst den Unterhändlern der Balkanstaaten überlassen, die Lösung der Kawallafrage herbeizuführen, unter dem Vorbehalt, diese Lösung in Einklang zu bringen mit den Beschlüssen der Londoner Botschafterversammlung und nötigenfalls Aenderungen daran vorzunehmen. In bulgarischen diplomatischen Kreisen wird nach einer Sofiaer Depesche der „Köln. Ztg." behauptet, daß zwischen den Regierungen der Großmächte ein Gedankenaustausch über einen europäischen Kongreß stattfinde, falls zwischen den Londoner und Bukarester Verhandlungen Widersprüche entstünden oder die Bukarester Beschlüsse den Interessen einer der beiden europäischen Mächtegruppen widersprächen.

Wie aus Bukarest berichtet wird, wird die Frage der eventuellen Ueberprüfung und Abänderung der von der Friedenskonferenz zu treffenden Vereinbarungen durch die Mächte in den politischen Kreisen und insbesondere in denen der Delegierten der Balkanstaaten lebhaft erörtert. Das Recht der Mächte auf eine Einsprache gegen Bestimmungen des zu schließenden Friedensvertrages wird von griechischer Seite stark angefochten. Demgegenüber wird jedoch von anderer Seite betont, es sei ein durchaus berechtigter Anspruch der Mächte, wenn sie sich vorbehalten, Abmachungen, die ihrem Standpunkte bezüglich der dauernden Regelung der Besitzverhältnisse am Balkan widersprechen, einer Ueberprüfung zu unterziehen. Man führt als geschichtliches Präzedenz den Vertrag von San Stefano an, an dem durch Europa tief einschneidende Veränderungen vorgenommen wurden, obgleich es sich damals um den Vertrag einer Großmacht handelte. Die Griechen vertreten die Ansicht, falls Bulgarien den abzuschließenden Vertrag nicht als endgültig betrachten wolle, so müsse der Krieg fortgesetzt werden. Dem wird aber entgegengehalten, daß es nicht angehe, wegen der etwaigen Stellungnahme der Großmächte in einem den Wünschen der Verbündeten zuwiderlaufenden Sinne Bulgarien zur Verantwortung zu ziehen, da doch das Einschreiten zur Erzielung von Abänderungen einzelner Bukarester Vereinbarungen, wenn auch zugunsten Bulgariens erfolgen, so doch nicht sein Werk, sondern das der Mächte sein würde. Für die Griechen steht bei dieser Auseinandersetzung in erster Linie der Besitz von Kawalla, für welchen Anspruch sie unter anderem auch dynastische Erwägungen geltend machen. Die Bulgaren weisen jedoch darauf hin, daß für sie die Erwerbung dieses Hafens wegen ihres geringen Küstenbesitzes am Aegäischen Meere dringend notwendig erscheine, während Griechenland dort über einen ausgedehnten Küstenbesitz verfüge. Man hebt ferner auf bulgarischer Seite auch die Vorteile hervor, die Kavalla als bulgarischer Hafen Rumänien bieten würde, in dessen wirtschaftlichem Interesse eine möglichst große Küstenentwicklung Bulgariens am genannten Meere liege.

* * *

Bukarest, 2. August. (C. T. C.) Heute vormittag fand eine vertrauliche Besprechung der militärischen Sachverständigen der Rumänen und der Bulgaren über die Grenzlinie statt. Die Besprechung blieb ergebnislos. Eine neue Besprechung wird heute abend nach der Vollkonferenz stattfinden. Die bulgarischen Bevollmächtigten konferierten heute vormittag mit den anderen Kriegführenden über die bulgarischen Gegenvorschläge.

In den letzten zwei Tagen ist kein Cholerafall mehr in der rumänischen Armee vorgekommen.

Bukarest, 2. August. (C. T. C.) In der heutigen Sitzung der Friedenskonferenz stellten die bulgarischen Delegierten gegenüber den Forderungen der Serben und Griechen folgende Gegenforderungen auf: 1) die neue Grenze beginnt an der alten serbisch-bulgarischen Grenze und geht zwischen Kumanowo und Egri Palanka nach Süden, zwischen Veles und Istip über den Wardar bis Murichovo bei Monastir, sodann über Gewghli und westlich von Serres über die Struma und endet am Golfe von Orfano. Es bleiben daher auf bulgarischem Gebiet Egri Palanka, Kratowo, Kotschana, Istip und Radovischte, Strumitza, Deiranow, Serres, Demir Hissar und Nawalla. Die Griechen haben in den Besprechungen mit den Bulgaren die Grenze von Makri nach dem Golfe von Lagos zurückgezogen. 2) Da die Entscheidung über die Inseln von der Botschafterkonferenz in London den Großmächten vorbehalten ist, kann Bulgarien nach dieser Richtung keine Verpflichtung übernehmen. 3) Bulgarien kann die Berechtigung der Forderung der Verbündeten nach einer Entschädigung der Einwohner nicht anerkennen und über diesen Gegenstand auch nicht in Verhandlungen eintreten. 4) Bulgarien willigt ein, daß die Streitigkeiten betreffend die alte serbisch-bulgarische Grenze einer internationalen Militärkommission anvertraut werden, die von den Großmächten zu ernennen ist. 5) Bulgarien nimmt den Grundsatz an, demzufolge sich die Kriegführenden unter Wahrung der Gegenseitigkeit verpflichten, auf ihrem Gebiete den Nationalitäten volle Schul- und Kirchenfreiheit zu gewähren.

Athen, 2. August. (C. T. C.) Heute sind Reschid Bey und Nedji Bey aus Konstantinopel hier eingetroffen, um im Verein mit dem schon hier befindlichen Ghalib Kemal Bey die letzten Einzelheiten des Vertrages über die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei zu regeln und diesen Vertrag zu unterzeichnen.